

Bezugspreis:
Monatlich in Neuburg RM. 1,50.
Durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk, sowie im sonstigen inländischen Vertrieb RM. 1,50 mit Postzuschlag.
Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Zustellgemeinden jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Telefon Nr. 24 bei der Oberamts-Poststelle Neuburg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DEN ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuburg

Druck und Verlag der Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuburg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile über einen Raum 20 Rpf., Restamtszeitung 10 Rpf., Restamtszeitung 10 Rpf. Zusatztage, Offerte und Anzeigenentwurf 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmefalles hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Darlehenverträgen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile in Neuburg. Für teile Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 14 Mittwoch den 18. Januar 1933 81. Jahrgang

Konferenz zwischen Hitler und Hugenberg

Berlin, 17. Jan. (Eig. Meld.) Die angekündigte Unterredung zwischen Adolf Hitler und Dr. Hugenberg hat heute nachmittags stattgefunden. Die Unterredung dauerte längere Zeit. Ueber ihren Inhalt wurde von beiden Seiten Vertraulichkeit vereinbart.
Gegenstand der Konferenz Hitler-Hugenberg war lt. Meldung des Conti-Nachrichtenbüro die Frage, ob sich nicht doch Möglichkeiten einer Zusammenarbeit ergeben, die eine Auflösung des Reichstags verhindern könnten. In den Berliner Abendblättern ist die Frage „Vertagung oder Auflösung“ das Hauptthema. Die Darstellungen geben allerdings hart durcheinander. Beide Möglichkeiten werden gewissermaßen „zum Ausuchen“ dargeboten. Das Bild wird auch nicht klarer durch die Meinungen von Fachmännern, wie die, daß in Weimar eine Aussprache zwischen Hitler und Strasser notwendig wäre. Von maßgebender nationalsozialistischer Seite wird und diese Richtung auf das entscheidende bemiht. Sie habe denselben Wert wie die gleiche Meldung, die vor einigen Tagen in der Presse aufgetaucht ist.
Aus all dem läßt sich jedenfalls ergeben, daß sich die Lage nicht verändert hat, und daß es sich empfiehlt, zunächst die weiteren Besprechungen und vor allem die Sitzung des Reichsrates am kommenden Freitag abzuwarten, deren Ergebnis die Situation nach der einen oder anderen Richtung klären dürfte.

Finanz- u. Siedlungsfragen im Reichskabinett

Berlin, 17. Jan. (Eig. Meld.) Die heutige Sitzung des Reichskabinetts hat sich bis in die späten Abendstunden hingezogen. Das Kabinett beschäftigte sich zunächst mit der Frage der Bürgerschaft für Handwerkerarbeiten. Einbeschlag der seinerzeit für diesen Zweck bewilligten 50 Millionen RM. wird der Gesamtbeitrag nunmehr 100 Millionen RM. betragen. Weiter wurden vom Kabinett finanztechnische Fragen behandelt, insbesondere die Frage der Steuererhebungstechnik für das Haushaltsjahr 1933. Es soll eine wesentliche Vereinfachung der Erhebung stattfinden. Einen Hauptbestandteil der heutigen Kabinettsitzung bildete die Erörterung zu der Siedlungspolitik im Zusammenhang mit der Frage des Volkstreckungsschubes. Beschlüsse hierzu sind nicht gefaßt worden. Schließlich wurde vom Kabinett eine Darlegung der deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhältnisse gegeben.

Gördeler über die Wirtschaftslage

München, 17. Jan. Im akademischen Ausschuss für deutschen Aufbau sprach am Montag abend Oberbürgermeister Dr. Gördeler (Leipzig) über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner gab zunächst eine zahlenmäßige Darstellung aller für die Wirtschaftslage maßgebenden Faktoren und erklärte, daß mit einem weiteren Abwärts in der Wirtschaft nicht mehr zu rechnen sei. An der jetzigen wirtschaftlichen Lage seien allein die Gebietsverluste durch den Krieg und das Diktat von Versailles schuld. An den Folgen des Versailles litt nicht alle Menschen, darum müßte seine Befestigung auch Sache aller sein.
Der Redner wandte sich sodann gegen den Gedanken der Planwirtschaft, der er die freie Wirtschaft als eines der Hauptmittel zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft in der Wiedergewinnung eines größeren Marktes für unsere Qualitäts-erzeugnisse gegenüberstehe. Unerbittliche und rücksichtslose Sparmaßnahmen sei erste Pflicht, eine Sparmaßnahme, die in erster Linie auch auf die Reorganisation der öffentlichen Verwaltung, insbesondere auch auf die Verwaltung der sozialen Lasten erstreckt werden müßte. Bei den Versuchen zur Belebung der Wirtschaft durch Steuergutschriften und öffentliche Arbeitsbeschaffung müßte größte Vorsicht geübt werden. Ausnahmslos freiwilligen Arbeitsdienstes, Arbeitsfreistellungen und Siedlung würden mithelfen, die Wirtschaft zu beleben.

Die französischen Ostbefestigungen

Paris, 17. Jan. Die Heereskommission des Senats, der Generalstabes und dessen Mitarbeiter trafen Montag abend zu einer Beratung zusammen. Von General Weigand wurden die militärischen Maßnahmen, die für den Schutz der deutsch-französischen Grenze in Aussicht genommen werden, eingehend geschildert. Soweit aus Senatskreisen kommende Mitteilungen lauten, fanden die Ausführungen des Generalstabes den Beifall der Kommission. Die als Grenzschutz bezeichneten Maßnahmen werden bekanntlich zwischen Ende März und Mitte April zur Durchführung gelangen.
Ueber die Ausführungen des Generalstabes in der gestrigen Sitzung der Sicherheitskommission des Senats läßt sich folgendes mitteilen: Die militärische Organisation der Ostgrenzen hat zu einer Steigerung der in den ostfranzösischen Garnisonen befindlichen Artillerieregimenter geführt und die Durchführung der für den motorisierten Krieg erforderlichen Maßnahmen beschleunigt. Der Festungsgürtel wird als „un-durchdringlich“ bezeichnet unter der Bedingung, daß für eine feste Wehrung Sorge getragen wird. Vorschläge in dieser Richtung sind ausgearbeitet worden. Das „Caso de Paris“ teilt hierzu noch mit, daß die in den Festungswerken untergebrachten französischen Truppen zur Offensive übergehen

Der neue Volkstreckungsschub

Berlin, 17. Jan. (Eig. Meld.) Der „Börsencourier“ berichtet Einzelheiten über die Neuorganisation des Volkstreckungsschubes. Wie das Blatt wissen will, hat das Reichskabinett einen Volkstreckungsschub für die aus dem Sicherungsverfahren des Ostbundesgebietes als nicht mehr sanierungsfähig ansiehenden landwirtschaftlichen Betriebe abgelehnt. Mit der Unterzeichnung der vom Kabinett angenommenen Verordnung durch den Reichspräsidenten werde, so sagt das Blatt weiter, die Bahn für eine großzügige Inangriffnahme des Siedlungswertes im Osten frei.
Eine Ausdehnung des Volkstreckungsschubes auf das ganze Reich werde lediglich für den Schutz der Volkstreckung bei Gegenständen des beweglichen Vermögens, also des lebenden und toten landwirtschaftlichen Inventars in Frage kommen. Man sei nicht soweit gegangen, das gesamte Betriebsvermögen unter diesen bedingungslosen Volkstreckungsschub zu stellen.
Der Justizdienst soll grundsätzlich anrecht erhalten werden, sodas Erbschütterungen des Realcredits in größerem Umfang durch die neuen Bestimmungen nicht hervorgerufen werden können.

Eine Rede Papens auf der Reichsgründungsfeier des Stahlhelms in Halle

Halle, 17. Jan. (Eig. Meld.) Reichskanzler a. D. v. Papen hielt heute die Rede auf der Reichsgründungsfeier des Stahlhelms. Er führte u. a. aus: Der Kampf für die Wiedererlangung unserer äußeren Freiheit sei untrennbar verbunden mit dem Kampf um die Korrektur des Notbundes von Weimar. Marxismus und Bolschewismus drohten nicht nur Deutschland zu zerstören. Die vermeintlichen Kräfte der Demokratie könnten die Lage nicht verbessern. Deutschlands Kampf um eine Gleichberechtigung sei nur zu führen durch eine Zusammenfassung der nationalen Kräfte zu einer Staatsführung im Sinne eines neuen staatsbildenden Regimes. Er glaube, daß die Zeit überreife sei für eine grundsätzliche Reform des kapitalistischen Systems. Die Klassenantagonismen der Unternehmertums und der Gewerkschaften müßten verschwinden. Der neue Staat könne nur mit dem deutschen Arbeiter aufgebaut werden. Das Verlangen des Reichskanzlers v. Scheider zur allgemeinen Wehrpflicht werde ihm ganz Deutschland von Herzen danken.
Der Redner schloß mit dem Ruf: „Zum Kampf mit Hindenburg für ein neues deutsches Reich“.

Rein Volkstreckung mit Schweden

Berlin, 17. Jan. (Eig. Meld.) In den Pressekommentaren zu dem Abbruch der deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen wird verschiedentlich von einem drohenden Vorkrieg zwischen Deutschland und Schweden gesprochen. Von zentraler Stelle wird auf die geringen deutschen Veröffentlichungen über den Stand der Verhandlungen hingewiesen, in denen ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß keine Gefahr eines Vorkrieges mit Schweden besteht. Auch in den Ausführungen der schwedischen Presse wird der Auffassung Ausdruck gegeben, daß es zu keinem Vorkrieg kommen wird.

Das Schaufelradflugzeug

Umwälzung in der Luftfahrt?

Berlin, 17. Jan. Der amerikanische Journalist H. R. Knickerbocker berichtet in der „Newport Evening Post“ über eine aufsehenerregende Neuentdeckung auf dem Gebiete des Flugzeugbaus durch den Erbauer der bekannten Rohrbach-Flugzeuge, Dr. Ernst Rohrbach. Es handelt sich um ein propellerloses Flugzeug mit rotierenden Flügel, ein Schaufelradflugzeug, das völlig abstrus sei und es ernstlichen Fall vertikal zu starten und zu landen. Die Pläne für das Schaufelradflugzeug werden streng geheim gehalten. Das neue Flugzeug soll nicht nur in der Lage sein, senkrecht zu starten und zu landen, und zwar mit jeder gewünschten Geschwindigkeit, es soll auch in der Luft beliebige Zeit stillstehen, sich in der Luft um die eigene Achse drehen und rückwärts fliegen können. Auf diese Weise könnte das Schaufelradflugzeug die erste Maschine sein, die die Errichtung von Flughäfen auf Wolkenbergen ermöglicht.
Die Sachverständigen, die in die Berechnungen und Pläne Rohrbachs Einblick genommen haben, äußerten sich sehr unversichtlich. Der Flieger Ernst Udet bezeichnete das Schaufelradflugzeug als die Erfüllung seiner Träume. Man könne mit einem derartigen Flugzeug ebenso manövrieren wie mit einem Automobil, bei der Ein- und Ausfahrt aus der Garage. Innerhalb der nächsten drei Monate sollen, wie Knickerbocker berichtet, die ersten praktischen Versuche mit den einzelnen Teilen des Flugzeuges in den Werkstätten der Rohrbach-Werke stattfinden und man hofft, daß Ende des Jahres die ersten Flugversuche stattfinden können. Sollten sich die Erwartungen erfüllen, dann würde das Schaufelradflugzeug eine Umwälzung in der Luftfahrt darstellen.

Berlin 17. Jan. Der Präsident der Landwirtschaftskammer in Oppeln ist zur SEDAB. übergetreten und hat den Kammerpost niedergelagt.

Das ewige Reich

Zum Reichsgründungsstag am 18. Januar

Reichswehrparaden, Festversammlungen der Bünde und Parteien, Zeitartikel der Zeitungen und Zeitschriften, Erinnerungsfeste in den Schulen, eine Rede Papens vor dem Berliner Stahlhelm, eine Rede Scheiders vor dem Köpfbauer-Verband: man wird auch in diesem Jahr das deutsche Volk in seiner Gesamtheit daran erinnern, daß am 18. Januar 1871 im Saal des Schlosses von Versailles das Deutsche Reich neu gegründet wurde, und daß dieses Reich Bismarcks trotz aller inneren Gegensätze und Rückschläge noch fest und unerschütterlich steht. Man muß dabei schon Wesentliches sagen, wenn man nicht in den üblichen Ton der Reichsgründungsfeier verfallen will. Denn nichts verflacht einem Volke das politische Bewußtsein mehr, als Gewöhnung und Gleichgültigkeit, und nichts macht aus einer echten und verpflichtenden Tradition mehr eine Sache der hohlen Konvention, als das Schweigen in äußerlichen Erinnerungen. Deshalb sei der 18. Januar gefeiert als eine Verpflichtung gegenüber der deutschen Vergangenheit und als ein Gelübnis gegenüber der deutschen Zukunft.

Es gibt, von dieser Seite aus betrachtet, kein erstes, zweites oder drittes Reich, es gibt kein großdeutsches oder kleindeutsches Reich, sondern es gibt allein das ewige Reich der Deutschen. Von dem Oberster Armin an, der zum ersten Male die deutschen Stämme in einem Staatsgebilde zusammenzufassen versuchte, bis zu Bismarck, dem jenseitigen Ziel gelang, das uns heute noch erhalten geblieben ist, ist die Geschichte der Deutschen die Geschichte des ewigen Reiches deutscher Nation. Dieses Reich war immer mehr eine Verwirklichung, als eine Wirklichkeit. Gerade deshalb aber ist das deutsche Volk niemals erlöst, sondern in seiner Seele und in seinem Herzen jung geblieben. Mögen andere Nationen in ihrer nationalstaatlichen Geschlossenheit eine Aufgabe erfüllen, die Idee des ewigen Reiches bedeutet mehr. Es gibt das englische Imperium, wie es das römische Imperium gab. Es gibt die Vereinigten Staaten von Amerika, den französischen Nationalstaat und die russische Sowjet-Union. Das Reich hat nichts mit ihnen gemein. Es ist eine höhere Wirklichkeit als ein staatliches oder wirtschaftliches Zweckbündnis. Es ist auch nicht jener Auftrag, der in dem Wort vom deutschen Werk, an dem die Welt genesen soll, einen etwas allzu billigen Niederschlag fand. Aber es ist die Mission, alle Gegenstände der Welt in der Fülle des deutschen Seelentums harmonisch zu vereinigen und eine staatliche und wirtschaftliche Ordnung aufzurichten, die allen Völkern der Erde Vorbild und Ziel zu sein vermag. Von diesem Prinzip der Ordnung und der Bannung des Chaos aus ist die Reichsidee tatsächlich weltrevolutionär.

Bismarck wußte, daß das in den Einigungskriegen des vergangenen Jahrhunderts geborene Reich nichts Fertiges war. Der Abbruch der letzten Jahrzehnte im Leben des großen Kanzlers rührte von der furchtbaren Erkenntnis her, daß ein allzu schnell reich geworden und seiner Formen unfähiges Geschlecht für alle Ewigkeit harr erhalten wollte, was dem genialen Staatsmann und Reichsgründer selbst nur als ein Uebergangsbau vorgeschwebt hatte. Denn Bismarck wußte um die innere Geistes des Wachens. Langst waren nicht alle deutschen Stämme im Reich vereinigt. Die Ockerreicher und die Deutsch-Böhmen fanden außerhalb, und dort, wo das Reichsbewußtsein verloren gegangen war, in den Ländern niederdeutsch und alemannischer Sprache, hatte der prunkende Reichsanpruch des wilhelminischen Reiches genau das Gegenteil einer Sehnsucht zum Reich erzeugt. Konrad Ferdinand Meyer und Gottfried Keller sangen noch: „Gehuld, es kommt die Zeit, da wird gepannt ein einzig Volk ob allem deutschen Land!“ Heute erscheinen sowohl Ost-Lothringen als auch der deutsche Teil der Schweiz der Reichsidee entfremdet, und allein in der künftigen Bewegung Niederdeutschlands erwacht immer härter das Heimweh nach einem großen europäischen Volk deutscher Sprache und deutschen Volkstums.

Daß das Reich Weltkrieg und Revolution, Kuberkampf und Friedensdiktate, Inflation und innere Wieren überstanden hat, ist ungeheuer viel. Es ist das Verdienst des deutschen Volkes, weniger der deutschen Staatlichkeit, die nur allzu oft seit Bismarcks Abgang bis heute verlagert hat. Aber das Zusammenhalten in der Einheit des Reiches genügt nicht. Denn das Reich ist eine Aufgabe, kein Abfinden mit der Gegenwart. Die Reichsaufgabe ohne Rücksicht auf Parteien und Einzelmeinungen herauszuarbeiten, wird der Sinn einer jeden Reichsgründungsfeier zu sein haben. Das ewige Reich der Deutschen hat sich zu allen Zeiten in zwei Formen einer und derselben Idee verwirklicht: in der deutschen Staatlichkeit, oder im deutschen Reichsanpruch, und in der deutschen Seelentum. Wo in der deutschen Geschichte die deutsche Innerlichkeit den Reichsanpruch rechtfertigte und wo der Reichsanpruch befehl war von der Innerlichkeit, da erfüllte das Reich seine Aufgabe als Vorbild und Sinn dieser Welt. Die deutsche Staatlichkeit einschließlich der Ordnung seiner Wirtschaft ist heute mehr als reformbedürftig. Aber diese „Reichsreform“ ist nun einmal keine Verwaltungsangelegenheit irgendeiner Regierung. Sie kann allein durchgeführt werden von einem Staatsmann oder einer Bewegung, deren Seelen ganz von den mütterlichen Strömen der deutschen Innerlichkeit gelehrt werden. Die Wiese dieser geistigen und kulturellen Werte, aus denen die staatlichen Taten emporsprossen, lag immer bei den Stämmen. Diese Stämme, einschließlich derer, die noch unter fremder Staatlichkeit leben, dürfen nicht vernachlässigt werden. Gleichzeitigkeit aber auch darf das kulturelle Eigenleben der Stämme nicht die klare Staatlichkeit der Reichsführung beeinträchtigen. Erst wenn der rechtverwandene Geist von Weimar, der die deutsche Innerlichkeit verkörpert, in der Tat des großen Staatsmannes mit dem rechtverwandenen Geist



von Potsdam, der den Machtanspruch des Staates verunsichert, vereint wird, wird es wieder ein eigentliches Reich geben. Diesem Reich der Zukunft, diesem ewigen Reich der Deutschen, von dem das Lied sagt: „Von der Naas bis an“

die Kemel, von der Erde bis an den Welt!“ dienen wir allein durch das nächsterne, sachliche und um der Sache selbst willen getane Werk des Tages.

Aus Stadt und Land

Neuenbürg, 18. Jan. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, sind die Diensträume des Finanzamts für den Publikumsverkehr vom 20. Januar ab nur noch vormittags geöffnet. Die gesamte Geschäftsablage der einzelnen Abteilungen erfordert diese Maßnahme im Allgemeininteresse.

Neuenbürg, 18. Jan. Zum Kampf der Gefänge sind noch einmal zwei auf den Plan getreten. Feines Empfinden, gewählte Sprache und poetische Formen zeichnen sie aus. Sollte der Ungenannte gar eine Dichterin sein? Fast könnte man es meinen. Wir hoffen, daß sich Neuenbürg zu Ehren noch mehr zum Worte melden.

Neuenbürg

(Melodie: „Kannt Ihr das Land in deutschen Gauen...“)

Wo dunkle Schwarzwaldbäume stehen,
Wo frisch das Lied der Gnz erklingt,
Wo von des Berges Höhen
Ein Salschloß ins Tal herniederwinkt:
Da liegt ein Städtchen, eng und klein,
Das schließt der Heimat Blick mir ein.
:; Froh sing ich in die Welt hinaus:
Im schönen Engtal, da bin ich zu Haus. :;

Es rauscht mir in der Jugend Tagen
Der grüne Wald so manches zu,
Von lärmenden Mittern, Heldenjagen,
Und immer lang die Gnz dazu!
Ich weiß ein Städtchen, eng und klein,
Das soll des Engtals Fierde sein.
:; So singt und singt es durch die Welt:
Kein andres Städtchen mir wie dies gefällt. :;

Und fährt mich aus dem Heimatkreise
Des Schicksal über Meer und Land,
Dann sing ich nach der alten Weise
Das Lied so traut und wohlbekannt:
Ich weiß ein Städtchen, eng und klein,
Das schließt der Heimat Blick mir ein.
:; Und ist auch fern mein Vaterland —
Sing ich mein Lied, dann bin ich zu Haus. :;

Mein Neuenbürg, wie bist du schön!

(Melodie: „Preisend mit viel schönen Reden...“)

Geborgen in des Tales Grunde,
Umhüllt von lichten Bergeshöh'n,
Liegt du, — du Berle in der Kunde:
Mein Neuenbürg, wie bist du schön!

Stolz grüßt herab das Schloß vom Berge,
Erinnernd an verlung'ne Zeit,
In Sagen, Märchen, Ritterviele,
Und was geschah'n in Wirklichkeit.

Und hörst du's nicht, wie's raunt und rauschet
Bei der Ruine — von den Feen?
Ich hab's gehört und auch erlauschet:
Mein Neuenbürg, wie bist du schön!

Das Kirchlein dort auf halber Höhe
So traumhaft — wellentruht und — nah,
Es sah Geschlechter kommen und vergehn,
Bei ihm ist Ruh' und Fried' zumal.

Und innig fest und treu umschlungen
Hat dich die Gnz in munterm Wellenspiel
— Grad wie das Kind im Arm der Mutter —
Mein Neuenbürg, wie bist du schön!

Bin ich auch fort in weiter Ferne,
Mit allen Hasern zieht es mich zurück
In deiner Schönheit, — deinem Waldern,
Nicht fatt seh'n kann ich da mein Blick...

Drum trag's hinaus in alle Winde,
Ein Kleinod gibt's allhier zu seh'n,
Und immer wieder ich's verkünde:
Mein Neuenbürg, wie bist du schön!

Hugo Stengele jr.

(Wetterbericht.) Im Nordosten liegt starker Hochdruck, während sich Depressionsgebiete bei Island, über Spanien und dem Mittelmeer zeigen. Für Donnerstag und Freitag ist mehr bedecktes, leicht veränderliches, aber höchstens zu geringen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Dobel, 18. Jan. Zweck Gründung einer Milchzengervereinigung hatte der hiesige Bürgermeister die Milchzengervereinigung zu einer Versammlung in den Kasernebauhof eingeladen. Er schilderte den Zweck und Inhalt der Verordnung des Wirtschaftsausschusses betreffs des milchwirtschaftlichen Zusammenfassens, sowie die Notwendigkeit der auf diesem Zusammenfassens beruhenden Vereinigung der Milchzengervereinigung. Aus der Debatte konnte man entnehmen, daß die Anwesenden doch manchmal grundverschieden sind. Für die Vereinigung stimmten 24, dagegen stimmten 27 Mitglieder, es konnte somit die Vereinigung nicht zustande kommen. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß Dobel als Kurort nicht in der Lage wäre, Milch abzufahren. Dobel dürfte wohl in der Umgebung die einzige Gemeinde sein, in welcher die Vereinigung nicht zustande kam. Von den 27 Gegenstimmenden wählten zwei Vertreter gewählt werden, wobei durch Juraß Karl Hörter zum „Baldhorn“ und Hermann Kull als Stellvertreter gewählt wurden.

Ottenshausen, 16. Jan. Vergangenen Sonntag fand im Gasthaus „Wären“ die Feier der Schülerabteilung des Turn- und Sportvereins statt. Nach kurzer Begrüßung der zahlreich erschienenen Gäste durch den Vorstand und einen Jungturner, sprach der Schülerturnwart des Vereins über die Festgedanken und die Ziele der Turnerschaft. Er führte in kurzen Worten aus, wie in den Kreisen der Turnerschaft die Jugend zur Kameradschaftlichkeit, zur Rinnlichkeit und Selbstbeherrschung zur eigenen inneren Freiheit herangebildet wird, was eine notwendige Voraussetzung ist, um gegen die unheilvollen Zettelerfahrungen erfolgreich anzukämpfen. Als erste Aufzählung wurde der Turnvateres Traum gegeben, dann folgten Pyramiden, Gebichte, Freübungen, Parcourturnen der Turner sowie das Werkstück „Jugend muß turnen“. Den Abschluß bildete das Lustspiel „Der fahrende Schüler im Paradies“ von Hans Sachs, und das Werdturnen unter Mitwirkung der Turner und Schüler. Das aktive Turnen zeigte von einem großen Fortschritt. Die Begeisterung und Hingabe mit der die Jungen ihre Aufgabe erfüllten, belohnten die Zuschauer mit reichem Beifall. Eine wohlbelungene Feier war zu Ende und befrachtet von dem Dargebotenen trat alles den Heimweg an in der festen Überzeugung, daß die Turnerschaft mit ihren Zielen auf dem rechten Wege wandert. Gut Heil!

Schönbürg, 17. Jan. Das neue Jahr brachte gleich zu Beginn im kirchlichen Leben unserer Gemeinde Tage innerer Sammlung und Freude. Vom 1. bis 10. Januar fand eine Bibelwoche zur Bedacht und Vertiefung ewangelischen Glaubens statt, in welcher Pfarrer Oberle von Gillingen, Oberauf Herrenberg, am Worte diente. Täglich zweimal luden die Gleden ein, und mehr und mehr füllte sich das weite Gotteshaus, und wer einmal die Volkshochschule Christi in dieser

Arbeitsbeschaffung in Württemberg

Die Landeswassererföhrung — Stuttgart hält an seinem Schwarzwaldwasserprojekt fest

Stuttgart, 17. Jan. In der heutigen Sitzung des Finanz-ausschusses teilte der Vorsitzende den Eingang eines Schreibens des Innenministeriums betr. Ausbau der Landeswassererföhrung mit. Ein nationalsozialistischer Redner erhebt Einspruch gegen die Behandlung dieses Gegenstandes in der heutigen Sitzung. Nachdem sich ein Redner des Zentrums für die Behandlung ausgesprochen hatte, wurde in die sachliche Beratung eingetreten. Abg. Scheffold (Ztr.) berichtet zunächst über die Arbeitsbeschaffung im Landstraßenbau und stellte einen entsprechenden Antrag. Staatspräsident Dr. Volz teilte mit, daß die Regierung ein Programm für den Straßenbau aufgestellt habe, das im ganzen Lande Arbeit bringen soll. Präsident Unting gibt einen Überblick über die beschäftigten Straßenverbesserungsarbeiten, die zum Teil schon in Angriff genommen worden sind. Die Arbeiten würden mit Rücksicht prolongiert. Die Kant für öffentliche Arbeiten habe diese einzulösen; dahinter stehe die Reichsbank. Ein nationalsozialistischer Redner erklärt, daß seine Partei gegen diese Art der Finanzierung sei. Da aber Württemberg doch an diesen Kosten mitzutragen habe, würden sie der Schuldaufnahme zustimmen. Ein sozialdemokratischer Redner tritt für den Plan der Regierung ein. Staatspräsident Dr. Volz erklärt, daß die württembergische Regierung seit Jahren ein Bauprogramm aufgestellt habe. Seitdem sei der Straßenbau mit der Kraftverkehrssteuer gefördert worden. Wenn Württemberg beim Gesele-Plan nicht mitmachen würde, wäre das ein Fehler. Dieser Plan sehe eine Ausgabe von 500 Millionen Mark vor. Oberreg.-Rat Vogler behandelte eingehend den Gesele-Plan; die Gelder würden nach arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten verteilt. Auch Württemberg dürfte 18-20 Millionen RM. empfangen. In der weiteren Debatte lobt Staatspräsident Dr. Volz die Anerkennung einer Streupflicht außerhalb Cris-titers ab. Einstimmige Annahme fand ein Antrag Scheffold (Ztr.), die Regierung zu ermächtigen, zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes im Landstraßenbau bei der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G. Darlehen im Gesamtbetrag bis zu 1750.000 Mark anzunehmen.

Abg. Scheffold (Ztr.) berichtet sodann über ein Schreiben des Innenministeriums betr. die Landeswassererföhrung. Danach ist die Herstellung eines zweiten Stranges der Landeswassererföhrung in Teilstücken von einer Gesamtlänge von etwa 37 Km. geplant. Für die Auswahl der Teilstücke waren die Gesichtspunkte der Sicherung besonders gefährdeter Stellen und der Entlastung des Arbeitsmarktes in den von der Leitung berührten größeren Industriegebieten (Heidenheim, Kalen, Gmünd, Stuttgart-Göttingen) maßgebend. Die Kosten des Teilsbaus sind zu 5-6 Millionen veranschlagt. Dieser Betrag werde aus Mitteln des Arbeitsprogramms des Reichs zur Verfügung stehen gegen Bezahlung einer fünfprozentigen Verzinsung, Tilgung und Verwaltungskostenbeitrag in sich schließender Rente auf 5 Jahre. Dieses Geldangebot des Reiches ist infolgedessen besonders günstig, als es bei den vorgesehenen zwei Archfahren (die Laufzeit beginnt für den Darlehensnehmer im Jahre 1935) einen verlorenen Zehntel des Reichs in Höhe von etwa 28 Prozent in sich schließt. Die Aufhebung der Rente wäre unter Aufrechterhaltung des derzeitigen Wasserzinses aus laufenden Ueberschüssen der Landeswassererföhrung möglich. Eine Erhöhung des Wasserzinses würde keineswegs eintreten. Durch den geplanten Ausbau würden drei wesentliche Vorteile erzielt, nämlich die Heranschaffung einer gegen höher um 25 Prozent größeren Wassermenge in das Versorgungsgebiet, die Erhöhung der Sicherheit der Leitung auf eine Länge von etwa einem Drittel der Gesamtlänge und die Entlastung des Arbeitsmarktes in einer Reihe größerer Industriegebiete des Landes. Die Regierung bittet nun den Landtag um die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe im Betrag von etwa 6 Millionen RM.

Der Berichterstatter beantragt hierzu, der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ermächtigen, zum Ausbau der Landeswassererföhrung aus den Mitteln des Gesele-Planes eine Anleihe im Betrage bis zu 6 Mill. Mark aufzunehmen.

Staatspräsident Dr. Volz tritt für den Vorschlag der Regierung ein. Er habe die positive Mitarbeit der Stadt Stuttgart für das Gesamtprojekt, das 17 Millionen Mark kosten würde, nicht durchgeführt. Deshalb handele es sich vorläufig nur um ein Teilprojekt. Es sei ein Fehler, daß nicht das Gesamtprojekt in Angriff genommen wurde, zumal das Reich die Mittel geben würde. Die Stadt Stuttgart habe aber zurzeit kein Interesse an dem Gesamtplan, weil sie sich verlorget glaube. So billig könne aber nicht mehr gebaut werden wie jetzt.

Es sei bedauerlich, daß die Stadt Stuttgart nicht mitmache, sondern an ihrem Schwarzwaldwasserprojekt festhalte.

Oberreg.-Rat Groß erörterte die technische Seite des Planes. Die Landeswassererföhrung sei auf 800 Sekundentliter ausgebaut, doch könnten auch 1000 Sekundentliter entnommen werden. Eine Schädigung des Entnahmegründes sei nicht nachzuweisen.

Staatspräsident Dr. Volz erklärte weiter, daß er die Begleichung der Differenzen mit der Stadt Stuttgart begrüßen würde. Stuttgart beziehe eine Ueberschüttung, während die Gemeinden draußen einen zu großen Einfluß der Stadt Stuttgart besäßen. Ein so großes Werk, wie die Landeswassererföhrung, müsse erhalten und ausgehant werden. Mit 50 Prozent Kantkosten das Werk fertigzustellen, sei so vorteilhaft, daß jede andere Stellungnahme verfehlt erscheine. Nach weiterer Ausföhrung wurde die Abstimmung über den Antrag Scheffold zunächst zurückgestellt.

Finanzminister Dr. Dehlinger berichtet noch über einen Antrag zum Staatshaushaltsplan. Der ungedeckte Betrag sei auf 1,5 Millionen in Rechnung zu stellen, nachdem 1,5 Millionen Reichshöfern in letzter Zeit weniger eingegangen seien. Kap. 80 (weitere Kürzung der Bezüge der Beamten und Angestellten) wurde abgelehnt. Es handelt sich um die Generierung der in der Vergangenheit vollzogenen Gehaltskürzungen. Die Sache wird nochmals den Ausschuss beschäftigen. Bei Kap. 82 (Zuschüsse an die Landescreditanstalt) soll der Betrag um 2 Millionen erhöht, bei Kap. 85 (Gebühren und Gerichtslofen) die Einnahmen um eine Million gekürzt werden. Die Kapitel werden genehmigt.

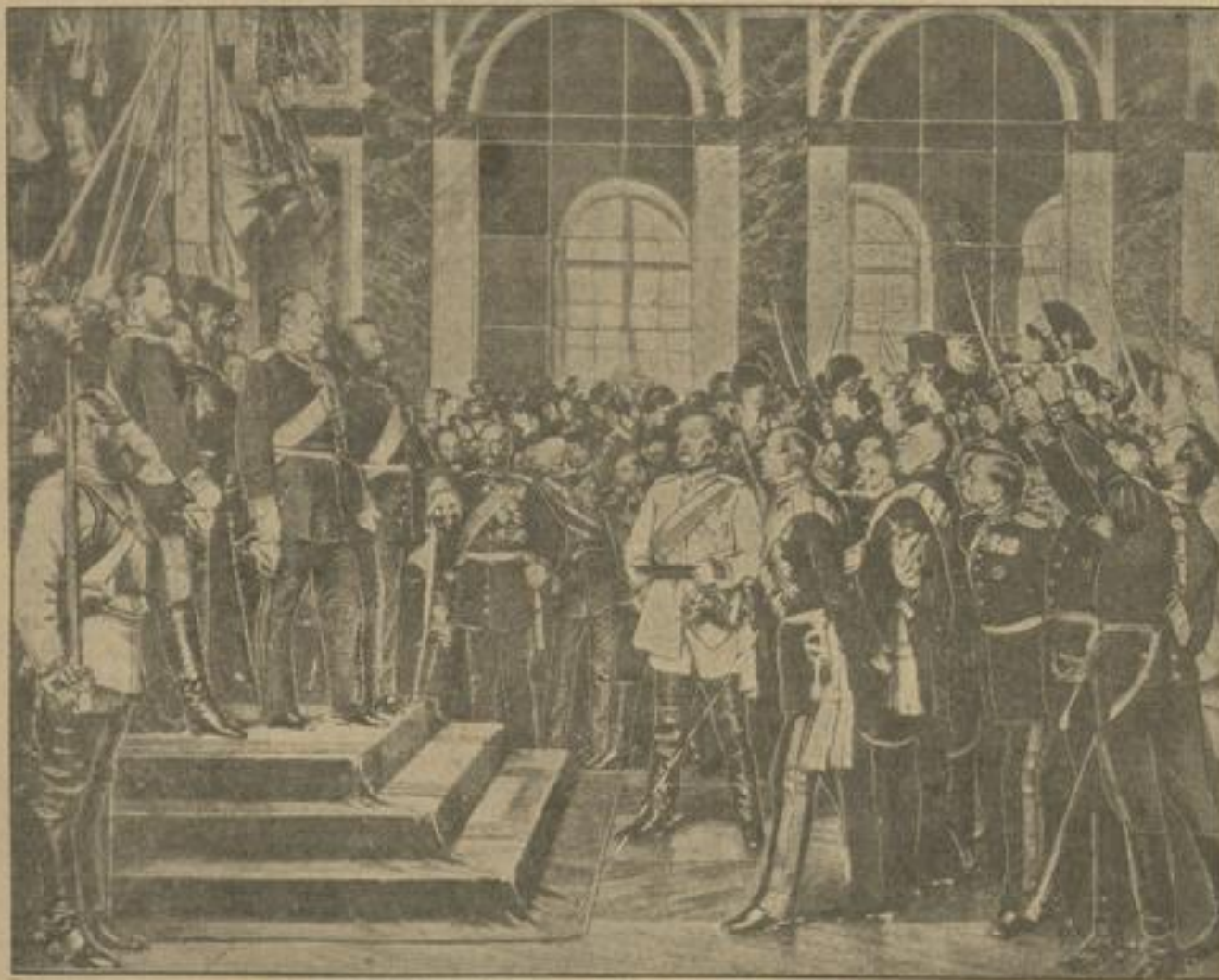
Das höhere Lehramt ist weit überfüllt

Lehrkräfte, die keine Verwendung finden können

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

Trotz aller amtlichen Warnungen seit dem Februar 1930 hat eine weit höhere Zahl Studierenden das Studium des höheren Lehramts abgeschlossen, als dem tatsächlichen Bedarf entspricht. Infolgedessen ist jetzt die von der Unterrichtsverwaltung vorausgelagte Ueberschüttung im höheren Lehramt eingetreten. Die Sparmaßnahmen, zu denen Staat und Gemeinden seit Eintritt der Krise gezwungen sind und der Rückgang der Schülerzahlen in den höheren Lehranstalten verschärfen die so entstandene Lage noch wesentlich. Da eine Wenderung dieser Verhältnisse in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, sah sich das Kultministerium genötigt, einer Reihe von Studienassessoren mitzuteilen, daß ihnen eine Verwendung und Anstellung im öffentlichen Schuldienst in Württemberg nicht in Aussicht gestellt werden könne.

Es ist damit zu rechnen, daß in Zukunft noch weitere Ausschreibungen vorgenommen werden müssen. Das Kultministerium befindet sich bei diesen Maßnahmen, die es nur mit innerem Widerstreben trifft, in einer Zwangslage, an der es nichts ändern kann. Alle Bemühungen, für die Betroffenen so weit als möglich zu sorgen, finden ihre Grenze in dem nicht zu ändernden Umstand, daß eben nicht mehr Personen im öffentlichen Schuldienst verwendet und angestellt werden können, als man unter den gegenwärtigen Verhältnissen notwendigweise braucht.



Zum Jahrestag der Kaiser-Proklamation von Versailles

„Die Versailles Kaiserproklamation“, das große Gemälde Anton von Werner, das in ebenso großartiger Komposition wie in getreuer Eingehen auf die Einzelheiten den historischen Akt im Folgeaal des Versailles Schloßes schildert.

